

... die Weltwirtschaft reformieren

Gib uns allen unser täglich Brot

Der weltweite Reichtum und der technische Fortschritt würden allen Menschen ein angenehmes Leben ermöglichen. Wie lässt sich Entwicklung anders organisieren?

Von Stefan Howald

Nehmen wir Stecknadeln. Ja, die gibt es immer noch. Einfache Dinger, im Dutzend billiger. Dennoch braucht ihre Produktion etlichen Aufwand. Adam Smith hat ihn im Buch «Über den Wohlstand der Nationen» 1776 beschrieben. In dem «recht unscheinbaren Gewerbe» seien sieben Arbeiter beschäftigt: Einer zieht den Draht, der Nächste streckt, ein Dritter schneidet, ein Vierter spitzt ihn zu, der Fünfte schleift das obere Ende, zwei setzen den Kopf drauf.

Mittlerweile ist das alles automatisiert. Doch Adam Smith wollte mit dem Beispiel die Vorteile der Arbeitsteilung veranschaulichen. Diese steigere die Produktivität, befördere den Tausch und den Handel, zuerst im Lokalen, dann zwischen Stadt und Land, schliesslich zwischen Nationen, und erhöhe so «Wohlstand und Reichtum des Volkes und des Staates». Adam Smith war zwar nicht der schrankenlose Apostel des Freihandels, als den ihn seine neoliberalen JüngerInnen vereinnahmten. Freihandel aber lautet heute die herrschende Losung, auch wenn wieder vermehrt protektionistische Forderungen laut werden.

Jahrhundertlang wies das entwickelte Zentrum in den transnationalen Wertschöpfungsketten der Peripherie die Rolle der Rohstofflieferantin zu. Mit der Entkolonialisierung nach 1945 wurde dieses Ungleichgewicht infrage gestellt. 1964 entstand als Uno-Unterorganisation die Unctad, um den Handel zwischen Nord und Süd gerechter zu gestalten. 1974 verabschiedete die Uno das Postulat einer «Neuen Weltwirtschaftsordnung». Mit ihr wurden faire Rohstoffpreise und gleiche Verhandlungsmacht angestrebt.

Dieses Bestreben geriet bald in den Gegenwind des Neoliberalismus. Den Freihandel verkaufte man nun als kleinsten gemeinsamen Nenner; zu seiner Durchsetzung wurde 1995 die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet.

Doch in der 2001 gestarteten Doha-Runde von 160 WTO-Mitgliedern griffen Schwellenländer entwicklungspolitische Postulate auf: Der Marktzugang sollte für die weniger entwickelten Länder verbessert werden, während sie zugleich ihre Agrarsektoren schützen wollten. Nach mehreren Verhandlungsetappen gilt die Doha-Runde fünfzehn Jahre

später als gescheitert. Das Ziel einer globalen Vereinbarung ist in bilaterale Abkommen und solche zwischen Handelsblöcken ausgelagert. Der neue US-Präsident Donald Trump wütet zwar gegen die existierenden Abkommen, aber grundsätzlich ist er begeistert von Deals – der raffinierte Immobilienhändler, der alle andern über den Tisch zieht.

Basisnah statt pompös

Dagegen bietet sich an, die Unctad wieder aufzuwerten, anstelle der WTO und anderer westlich dominierter Institutionen und statt bilateraler Abkommen. Das geht nicht konfliktfrei, nicht alle Schwellen- und Entwicklungsländer haben die gleichen Interessen. Aber die Klimakonferenz in Paris 2015 hat gezeigt, dass sich selbst China mit seinem autoritären Staatskapitalismus gelegentlich einbinden lässt. Man müsste die Unctad-Politik handfester machen: Kohäsionsmilliarden durch einen neuen Entwicklungsfonds bereitstellen oder Programme einführen wie einst in Südafrika zur Stärkung schwarzafrikanischer Mitwirkung beim Ausgang aus der Apartheid – sollte dabei allerdings demokratische Kontrollmechanismen nicht vergessen. Mehr Demokratie kann nicht schaden: basisnahe Sachgremien statt pompöser Ministerkonferenzen.

Transnationale Konzerne differenzieren ihre vertikal gegliederten Wertschöpfungsketten nach einzelnen Ländern und schaffen weltweit eine neue, integrierte Produktion. Ein Auto, das in Mexiko vom Band rollt und in die Vereinigten Staaten exportiert wird, besteht bis zu vierzig Prozent aus Teilen, die in den USA produziert wurden, und einzelne Teile überqueren die Grenze bis zu achtmal.

Auf der einen Seite verschärft und verfeinert sich dadurch die Arbeitsteilung im Weltmassstab, andererseits reicht sie in die einzelnen Länder hinein. Mit der sozialen Prekarisierung sind Zustände der Dritten Welt in die Erste Welt zurückgekehrt; umgekehrt bilden sich in den Schwellenländern Sektoren hochwertiger Produktion und entsprechende Gesellschaftsschichten.

Aktuell übernimmt der französische Automobilkonzern Peugeot den britischen Autohersteller Vauxhall. Wie immer in solchen Fällen werden kurzfristig Arbeitsplatzgarantien ausgehandelt. Um sie längerfristig zu sichern, muss der Internationalen des Kapitals die internationale Kooperation der Belegschaften antworten. Das hängt auch von politisch-institutionellen Rahmenbedingungen ab. In der EU gäbe es transnationale Mitsprachemöglichkeiten, mit einem Brexit wird sich der Kampf der nationalen Belegschaften gegeneinander hingegen verschärfen.

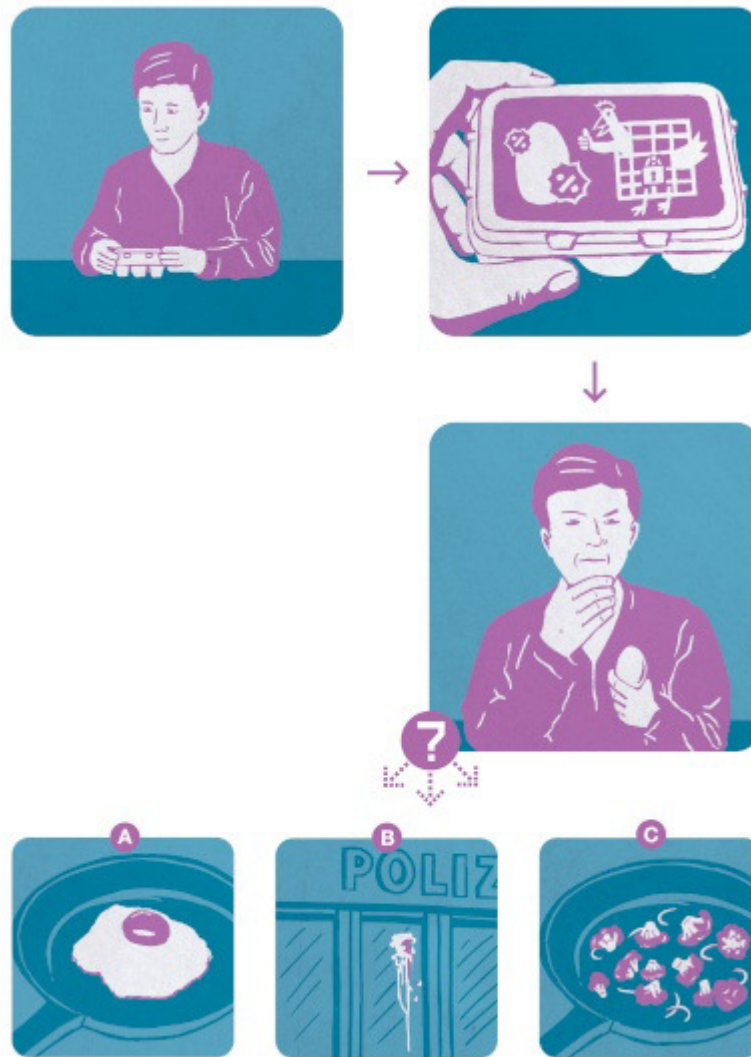


Illustration: Marcel Bamert

Schreckgespenst oder Utopie?

Gefragt ist da eine weitere Uno-Sonderorganisation, die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Sie ficht für «menschwürdige Arbeit», bleibt aber schwach, weil ihre Sanktionsmöglichkeiten beschränkt sind. Wie wäre es deshalb mit einem globalen Mindestlohn, kaufkraftmässig abgestuft natürlich? Das würde Arbeitsplatzverlagerungen im «race to the bottom» nur wenig behindern, aber immerhin die schlimmsten Auswüchse stoppen. Zudem taugt der Kampf um einen Mindestlohn wirksam zur Mobilisierung, wie es sich in den USA gezeigt hat, und er ist ein handliches legales Mittel.

Die gegenwärtige globale Verflechtung von Waren- und Handelsströmen ist historisch nicht einzigartig. Das prozentuale Verhältnis des grenzüberschreitenden Welthandels, verglichen mit den weltweit kumulierten Bruttoinlandsprodukten, war vor dem Ersten Weltkrieg ähnlich

gross (freilich auf sehr viel tieferem Gesamtniveau). Hinzu kommt, dass in den letzten zwei Jahrzehnten die Finanztransaktionen explodiert sind: Sie erreichen mittlerweile in Geldwerten ein Dutzendfaches der Warentransaktionen. Vieles davon ist real Imaginäres – Zahlen, hinter denen keine handfesten Wirtschaftstätigkeiten stehen, die aber Wirkung etwa via Aktienmärkte entfalten. Als Kehrreim muss deshalb die Forderung nach einer globalen Finanztransaktionssteuer erklingen.

Systemisch mit dem Kasinokapitalismus verknüpft ist die Steuerflucht, die das Steuersubstrat vieler Länder des Südens aushöhlt. Der Schweizer Finanzplatz ist da immer noch über keinen Verdacht erhaben. Die Zählung des Steuerwettbewerbs ist ein weiterer Kehrreim für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung.

Wenn man die gesellschaftliche Gesamtarbeit betrachtet, könnten alle Menschen reichlich ins Brot gesetzt werden. Arbeit ist die sinnliche Auseinandersetzung mit der Umgebung, mit anderen Menschen und mit sich selbst. Doch um den Doppelcharakter, den die Arbeit im Kapitalismus annimmt, kommen wir nicht herum: Der Gebrauchswert, den sie schafft, ist eingebunden in die Form von Tauschwert, den wir auf den Markt tragen. Auch ist die Arbeitskraft selbst Ware, die verkauft werden muss. Lohnarbeit dominiert unser Leben.

Die Lohnarbeit ist ungleichmässig verteilt, in den einzelnen Ländern wie global. Die einen sind arbeitslos, die andern schufteten sich zu Tode. Die einen erledigen den Dreck und verdienen wenig, die anderen befehlen und verdienen viel. Dazwischen arbeitet der Mittelstand ein wenig zu viel und verdient ein wenig zu wenig.

Der technische Fortschritt verspricht, viel Arbeit überflüssig zu machen. In der Informationsgesellschaft soll jeder zweite Job durch Automatisierung und Robotik ersetzt werden. Wahlweise ist das ein disziplinierendes Schreckgespenst oder eine lockende Utopie.

Beide Einschätzungen übersehen die weiter bestehenden Produktionszusammenhänge. Auch in der Software steckt menschliche Arbeit. Weiterhin wird Hardware in den neuen Manufakturen der Weltwirtschaft hergestellt werden. Dazu kommen Schmiermittel – die Druckerpatrone, die mehr kostet als der Drucker. Und es braucht die Wartung. Nein, die weltweite Arbeit geht nicht so schnell aus, und viel davon bleibt vorläufig in die Lohnform in den globalen, hierarchisch gegliederten Wertschöpfungsketten eingebunden. Zugleich wächst der Sektor der Care-Ökonomie, der Arbeit im Pflege- und Sorgebereich. Sie folgt einer anderen, nicht quantifizierbaren Logik. Während der grössere Teil davon weiterhin vor allem von Frauen unbezahlt geleistet wird, wird die bezahlte Care-Arbeit zunehmend der Profitlogik untergeordnet.

Arbeitszeitpolitik wird umso dringlicher. Mit «Arbeitszeitbudgets» für transnationale Unternehmen könnten Forderungen vertreten werden, die Arbeitszeit innerhalb eines gesamten Produktionsprozesses zwischen den einzelnen Unternehmensteilen und regional ausgeglichener zu verteilen. Sie wären Forderung wie Kampfmittel.

Das eine und das andere

Unctad und ILO und Finanztransaktionssteuer und Arbeitszeitbudgets vertrauen auf pragmatische und legalistische Möglichkeiten. Was das andere, Grundsätzlichere nicht ersetzt: wo immer möglich den Sektor der Lohnarbeit eingegrenzt halten und verkleinern. Service public und Care-Ökonomie gegenüber dem Verwertungszwang verteidigen und Genossenschaften fördern. Auch Fair Trade – jenes Nischenprodukt, das die Forderung nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zum Markenzeichen gemacht hat – drängt das Profitprinzip ein wenig zurück, was zudem den kapitalistischen Wachstumszwang abschwächt. Stecknadeln braucht es schliesslich nicht unbegrenzt.

Dieser Artikel erschien in der WOZ Die Wochenzeitung Nr. 12/17 vom 23.3.2017. Siehe www.woz.ch